

---

**Vorsitz: Belarus****1013. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 8. Juni 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)
- Beginn: 10.00 Uhr  
Schluss: 11.15 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Dapkionas

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

*Die aktuelle Sicherheitslage im OSZE-Raum: Belarus (FSC.DEL/233/22 Restr.), Frankreich, Russische Föderation (Anhang) (FSC.DEL/232/22), Frankreich – Europäische Union (FSC.DEL/228/22), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/229/22 OSCE+), Kanada, Schweiz (FSC.DEL/230/22 OSCE+)*

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Unterrichtung über den aktuellen Stand der Arbeiten zur Festlegung des Datums, der Tagesordnung und der Modalitäten der 11. Jährlichen Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit: Vorsitz (FSC.DEL/234/22 Restr.)*
- (b) *Bericht über den technischen Beurteilungsbesuch zum Ersuchen um Hilfe beim Ausbau der Kapazitäten der nationalen Behörden von Aserbaidshan für die Durchführung von Maßnahmen zur Verminderung und Bewältigung des von explosiven Kampfmittelrückständen ausgehenden Risikos (FSC.GAL/57/22 Restr.): Armenien (FSC.DEL/235/22 OSCE+), Aserbaidshan, Vertreter/Vertreterin des Konfliktverhütungszentrums*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 15. Juni 2022, 10.00 Uhr im Ratsaal und über Videokonferenz

---

**1013. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1019, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

seit acht Jahren bilden die Vereinigten Staaten von Amerika und die Mitgliedstaaten der NATO und der Europäischen Union ukrainische Neonazis und radikale Nationalisten aus, statten sie mit Waffen und Ausrüstung aus und kämpfen Seite an Seite mit ihnen gegen die russischsprachige Bevölkerung im Donbass – und nun auch gegen die Russische Föderation. Wir verurteilen diese Aktionen aufs Schärfste – lassen sie doch nicht nur die Aussicht auf eine friedliche Beilegung des Konflikts in der Ukraine in weite Ferne rücken, sondern auch die Bedrohungen für die europäische und internationale Sicherheit immer zahlreicher werden.

Erst Anfang dieses Jahres sprachen wir auf dem Forum für Sicherheitskooperation (FSK) darüber, wie die OSZE einen konkreten Beitrag zu den weltweiten Bemühungen um die Verhinderung des illegalen Handels mit Waffen und Munition leistet. Doch anscheinend waren die von den Teilnehmerstaaten in diese Richtung unternommenen Schritte vergeblich. Der OSZE-Raum ist heute mit der nur allzu realen Herausforderung des illegalen Handels mit sensiblen Waffensystemen – tragbaren Flugabwehrsystemen, Panzerabwehrraketensystemen, Mehrfachraketenwerfern und Flugabwehrsystemen mit großer Reichweite – konfrontiert, die der „zivilisierte“ Westen laufend in die Ukraine liefert. Wer weiß, vielleicht ernten die Staaten „westlich von Wien“ schon bald die Früchte ihrer groben Verstöße gegen die Grundprinzipien der Exportkontrolle und des verantwortungsvollen Handelns, die für Waffen-transfers in Konfliktgebiete gelten. Leider sind alle Voraussetzungen dafür gegeben.

Erstens hat die ukrainische Führung Ende Februar beschlossen, in großem Umfang Tausende von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) an die Zivilbevölkerung zu verteilen, darunter auch an aus der Haft entlassene Straftäter. In öffentlich zugänglichen Quellen konnte man schockierende Beweise dafür finden, dass in Privathäusern Panzerabwehrraketensysteme des Typs Javelin aus US-Produktion gelagert wurden. Diese unbedachten Entscheidungen führten in der Folge zu einer Destabilisierung der inneren Sicherheitslage, einem Anstieg der häuslichen Gewalt und der Plünderungen und immer wieder auch zum unnötigen Verlust an Menschenleben unter der Zivilbevölkerung. Nach Angaben der ukrainischen nationalen Polizei ist die Zahl der Straftaten, bei denen Schusswaffen zum Einsatz kommen, in letzter Zeit um fast 40 Prozent gestiegen.

Das bringt mich zu meinem zweiten Punkt. Die enormen Mengen an westlichen SALW landen unweigerlich bei den ukrainischen Neonazis und im Untergrund und versorgen den Waffenschwarzmarkt in Europa. Im Dark Web sind bereits zahlreiche große Online-Shops entstanden, die mit Waffen handeln und in ihrem Warenangebot auch SALW haben, die der Ukraine von westlichen Ländern geliefert wurden. Unsere Kollegen können auf diesem Bild sehen, wie in den USA hergestellte Javelin-Panzerabwehrraketen um 30 000 Dollar das Stück zum Verkauf angeboten werden. Außerdem kann jetzt jeder, der möchte, ein Barrett M82-Scharfschützengewehr aus den USA oder einen Granatwerfer Panzerfaust 3 aus deutscher Produktion kaufen, den das internationale Unternehmen DHL von Kyjiw aus express nach Hause liefert. Aber das sind nur Peanuts, wie man so sagt. Laut dem Generalsekretär der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (INTERPOL), Jürgen Stock, sind kriminelle Gruppen bereits an den militärischen Gütern, die an die ukrainische Regierung geliefert werden, „interessiert“, und sie werden irgendwann damit beginnen, illegale Waffen in Europa zu verteilen.<sup>1</sup> Werden die Regierungen der europäischen Länder die Aussage von INTERPOL beachten?

Drittens haben die vom Westen an die ukrainische Regierung gelieferten Militärgüter bereits begonnen, sich über die ganze Welt zu verteilen. Erst neulich brüsteten sich Kämpfer des „Scheich-Mansur-Bataillons“, einer illegalen bewaffneten Formation, mit den neuen Waffen, die sie sich mit Hilfe der militärischen und politischen Führung aus der Ukraine beschaffen konnten. Es wird sogar berichtet, dass ein Transferkanal für Waffen aus der Ukraine nach Syrien eingerichtet wurde, der über Rumänien und Bulgarien führt. Wie könnten sonst Javelin-Panzerabwehrraketen und SCAR-L-Gewehre aus belgischer Produktion bei Extremisten in Idlib „auftauchen“? Wir fordern unsere westlichen Kolleginnen und Kollegen auf, endlich einmal darüber nachzudenken, dass sie sich zu Waffenlieferanten machen – nicht zur „Verteidigung der Ukraine“, sondern zugunsten radikaler Islamisten im Nahen Osten.

Herr Vorsitzender,

das Mantra der westlichen OSZE-Teilnehmerstaaten, dass ihre militärische „Hilfe“ für die Ukraine legitim und defensiver Art sei, ist nichts anderes als reines „Wunschdenken“, bei dem sie einander gegenseitig überbieten. Die Realität sieht ganz anders aus.

Der Gemeinsame Standpunkt der EU sieht vor, dass die Mitgliedstaaten dieses Integrationsverbands bei ihren Entscheidungen über Waffentransfers die Risiken einer nicht genehmigten Wiederausfuhr der Waffen und ihrer Umlenkung in illegale Kanäle berücksichtigen müssen. Darüber hinaus ist gemäß der internationalen Praxis beim Transfer der meisten Waffentypen stets eine Endverwenderbescheinigung durch das Empfängerland vorzulegen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass eine solche Bescheinigung ausgestellt werden kann, ist eine schriftliche Zustimmung des Ausfuhrlandes, ohne die die erhaltenen Waffen nicht transferiert werden dürfen. Gegen diese Bestimmung verstoßen Bulgarien, die Tschechische Republik, Polen, die Slowakei und andere NATO-Länder, allen voran die Vereinigten Staaten. Dass die US-Regierung mit ihren internationalen Verpflichtungen leichtfertig umgeht, zeigt sich an ihren Plänen, Mi-17-Hubschrauber in die Ukraine zu schicken, die unser Land zuvor in die Vereinigten Staaten ausschließlich für den Einsatz in Afghanistan transferiert hatte.

---

1 <https://amp.theguardian.com/world/2022/jun/02/ukraine-weapons-end-up-criminal-hands-says-interpol-chief-jurgen-stock>

Der Vertrag über den Waffenhandel verpflichtet jeden Vertragsstaat, die Möglichkeit zu bewerten, dass die zu transferierenden Waffen den Frieden und die Sicherheit untergraben könnten. Zusammen mit dem OSZE-Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen und den OSZE-Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen verbietet der Vertrag die Genehmigung von Waffenausfuhren, wenn damit eindeutig die Gefahr einer Verletzung des humanitären Völkerrechts verbunden ist und ein bewaffneter Konflikt verschärft werden könnte.

Alle vorgenannten Grundsätze einer verantwortungsvollen Ausfuhrkontrollpolitik werden von den EU- und NATO-Mitgliedsländern, die der Ukraine aktiv „helfen“, im Donbass Zivilistinnen und Zivilisten zu töten, rücksichtslos verletzt. Ich schlage nun vor, dass wir eine kurze Pause einlegen und uns einige Videoaufnahmen ansehen, die die „Erfolge“ der westlichen Diplomatie veranschaulichen, denen es zu verdanken ist, dass die Zivilbevölkerung des Donbass am vergangenen Wochenende einem heftigen Artilleriebeschuss durch die ukrainischen Streitkräfte ausgesetzt war. Am 6. Juni wurde ein selbstfahrendes 122-mm-Artilleriesystem französischer Bauart vom Typ Caesar beim Beschuss von Wohngebieten in der Stadt Donezk eingesetzt, wobei zwei Menschen verletzt wurden. Berichten zufolge wurden auch Haubitzen M109A3, die von Norwegen geliefert wurden, und 155-mm-Artilleriesysteme M777 aus britischer Produktion eingesetzt. An den sie abgefeuert, fanden sich Splitter von hochexplosiven 155-mm-Splittergranaten LU 211: Mit solchen Granaten kann man mit Geschützen, die in NATO-Ländern im Einsatz sind, auf eine Entfernung von bis zu 40 km schießen. Durch den gezielten Artilleriebeschuss der Stadt Donezk durch ukrainische Nationalistinnen und Nationalisten wurden schwere Schäden an ausschließlich ziviler Infrastruktur angerichtet: Schulen, Kindergärten, medizinische Einrichtungen und Wohnblocks. Allein in der vergangenen Woche wurden in dieser Stadt nicht weniger als 18 Menschen getötet und über 80 Zivilpersonen, darunter auch Kinder, verletzt. Es ist unmöglich, zu verstehen, welche monströse Logik dahintersteht. Werden wir heute von den Delegationen der EU, Frankreichs, Norwegens, des Vereinigten Königreichs und Kanadas wenigstens Worte des Bedauerns über die Opfer und die Zerstörung im Donbass hören?

Aus zuverlässiger Quelle wissen wir, dass Hunderte von Beamtinnen und Beamten des CIA und des britischen Geheimdienstes seit 2014, wenn nicht schon früher, in Kyjiw tätig sind. Die militärische und politische Führungsspitze der Ukraine erhält auch Anweisungen von Militärs von jenseits des Atlantiks. Laut CNN führt der Befehlshaber des State Military Department in Kalifornien, Generalmajor David Baldwin, etwa einmal pro Woche Videogespräche mit den ranghöchsten Führungskräften der ukrainischen Streitkräfte: „Er tauscht Textnachrichten aus und führt persönliche Telefongespräche über ‚die allgemeine Lage‘.“<sup>2</sup> Baldwin selbst spricht offen darüber, dass Mitglieder der kalifornischen Nationalgarde, insbesondere Pilotinnen und Piloten, täglich in Kontakt mit ukrainischen Militärangehörigen stehen, um ihnen kampftaktische Ratschläge und „Tipps“ zu geben. Werden also die US-Hintermänner der ukrainischen Regierung diese vielleicht endlich anweisen, ihren schon acht Jahre währenden Völkermord an der Zivilbevölkerung im Donbass zu beenden? Oder gehört es einfach dazu, dass die Bewohnerinnen und Bewohner von Donezk und Luhansk und alle, die dem Nazi- und Neonazi-Regime nicht Gefolgschaft gelobt haben, getötet werden? Wir erwarten von der US-Delegation ausführliche Aufklärung.

Wir betonen, dass Teilnehmerstaaten, die der ukrainischen Regierung in irgendeiner Form militärisch-technische Hilfe leisten, gemeinsam mit dem ukrainischen Militär und den Neonazis die volle Verantwortung für die Opfer unter der Zivilbevölkerung und für die weitere Zerstörung im Donbass tragen. Sie werden mit Sicherheit zur Rechenschaft gezogen werden.

Herr Vorsitzender,

das nationalistische Regime in Kyjiw und seine angelsächsischen Hintermänner haben nicht nur die Zivilbevölkerung der Volksrepublik Luhansk (LNR) und der Volksrepublik Donezk (DNR) sozusagen im Fadenkreuz, sondern auch die der Russischen Föderation. Es ist müßig, über die Versprechungen des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zu diskutieren, wonach die in den USA hergestellten HIMARS-Mehrfachraketenwerfer nicht zum Beschuss russischen Hoheitsgebiets eingesetzt werden sollen. Wir glauben nicht an diese Versprechen. Dies umso mehr, als die vom russischen Verteidigungsministerium abgehörten Funksprüche darauf hindeuten, dass die ukrainische Regierung plant, ein solches Raketen-system aus den Vereinigten Staaten in Wohngebieten der Stadt Schostka in der Region Sumy einzusetzen und auf Befehl des ukrainischen Sicherheitsdienstes das Feuer auf Grenzgebiete unseres Landes zu eröffnen. Die Zielsetzungen sind vorhersagbar: Es geht darum, die russischen Truppen zum Vergeltungsbeschuss zu provozieren, sie unterschiedsloser Angriffe und der Auslöschung der ukrainischen Zivilbevölkerung zu bezichtigen und in der Folge neue antirussische Lügengeschichten in den westlichen Medien zu verbreiten.

In diesem Zusammenhang möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen im FSK die offizielle Position der Russischen Föderation mit einem Zitat von Präsident Putin so deutlich wie möglich nahebringen: „Sollten solche [Langstreckenraketen] geliefert werden, werden wir daraus unsere Schlüsse ziehen und unsere Vernichtungswaffen, von denen wir reichlich haben, einsetzen, um Einrichtungen anzugreifen, die wir bisher nicht angegriffen haben.“ (Aus einem Interview vom 5. Juni 2022 mit dem Fernsehsender Russland 1). Diesen Standpunkt bekräftigt auch der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew. „Sollte – Gott bewahre – diese Art von [westlichen] Waffen gegen russisches Hoheitsgebiet eingesetzt werden, hätten die Streitkräfte unseres Landes keine andere Wahl, als die Entscheidungszentren anzugreifen. Damit sind insbesondere das ukrainische Verteidigungsministerium und der Generalstab gemeint. Allerdings sollte man sich darüber im Klaren sein, dass sich – leider – die eigentlichen Entscheidungszentren in diesem Fall selbst nicht einmal in Kyjiw befinden.“ (Aus einem Interview vom 3. Juni 2022 mit dem Fernsehsender Al Jazeera).

Um noch einmal zusammenzufassen, was über die Lieferungen westlicher Waffen und Ausrüstungen an die ukrainische Regierung gesagt wurde, warnen wir ausdrücklich davor, dass jedwede Lieferung von Militärgütern an die Ukraine letztlich kein gegen Russland gerichteter kriegerischer Akt ist, sondern vielmehr darauf hinausläuft, Europa mit Waffengewalt in Schach zu halten. Wir bitten Sie dringend, darüber nachzudenken.

Herr Vorsitzender,

die Russische Föderation setzt ihre Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine wie vorgesehen fort. Während der militärischen Spezialoperation haben 304 Formationen von Kampftruppen den hervorragenden Stand ihrer Kampffähigkeit und Ausbildung unter Beweis gestellt. Wir analysieren natürlich, wie der Feind vorgeht und

welche Waffen er einsetzt In einem Konfliktumfeld, in dem die ukrainischen Neonazis terroristische Methoden der bewaffneten Konfrontation anwenden, suchen wir nach neuen, effektiveren Mitteln der Kampfführung.

Seit Beginn der militärischen Spezialoperation wurden 190 Flugzeuge, 129 Hubschrauber, 1 139 unbemannte Luftfahrzeuge, 333 Flugabwehrraketensysteme, 3 443 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 478 Mehrfachraketenwerfer, 1 807 Feldartilleriegeschütze und Mörser sowie 3 464 taktische Fahrzeuge für Spezialeinsätze zerstört. In der vergangenen Woche wurden von osteuropäischen Ländern gelieferte T-72-Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge zerstört, die in den Gebäuden eines Reparaturwerks für Eisenbahnwaggons am Stadtrand von Kyjiw untergebracht waren. Mit luftgestützten Präzisionsraketen wurde ein Artillerieausbildungszentrum der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Siedlung Stezkiwka in der Region Sumy angegriffen, wo ausländische Ausbilderinnen und Ausbilder ukrainische Militärangehörige in der Bedienung britischer M777-Haubitzen unterwiesen. Die Streitkräfte der Russischen Föderation setzen auch die systematische Eliminierung ausländischer Söldnerinnen und Söldner fort, deren Zahl sich in letzter Zeit von 6 600 auf 3 500 halbiert hat. Übrigens wurden vor einigen Tagen in Sjewjerodonezk die Ausweispapiere eines aktiven polnischen Oberst Dariusz Majchrzak, gefunden. Gut möglich, dass er mittlerweile Bandera bereits über die von ihm durchgeführten Kampfeinsätze berichtet.

Mit Duldung der westlichen Länder begehen die ukrainischen Streitkräfte und das Regime in Kyjiw weiterhin Kriegsverbrechen, indem sie sich hinter Zivilpersonen als menschlichen Schutzschilden verschanzen, Feuerstellungen in Wohnhäusern einrichten und religiöse Stätten zerstören. In Swjatohirsk (DNR) beschossen sie auf ihrem Rückzug die hölzerne Allerheiligen-Skete des Russischen Reiches auf dem Gelände der Swjatohirsker Lawra mit Brandmunition. Es ist durchaus angebracht, daran zu erinnern, dass Radikalen am 22. Mai während eines Gottesdienstes in der Auferstehungskirche in der Stadt Stryj in der Region Lwiw einen Priester der ukrainisch-orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat) mit grüner Farbe bespritzt haben. Seine Tochter meint, es wären Nationalistinnen und Nationalisten gewesen, die „Kirchengebäude in Besitz nehmen“. Aus irgendeinem Grund werden diese und andere Fakten betreffend grobe Verstöße gegen die Normen des humanitären Völkerrechts von den Vereinten Nationen, der OSZE und der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) weiterhin nicht zur Kenntnis genommen.

Bis heute wurden 17 Ortschaften in der LNR und der DNR befreit. Swjatohirsk ist unter die Kontrolle der alliierten Streitkräfte geraten: Die Reste der Bataillone der 95. Luftlandebrigade und der 81. selbstständigen luftbeweglichen Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die sich dort befanden, haben unter dem Ansturm der russischen Truppen militärische Ausrüstung und Waffen zurückgelassen. Wir betrachten die Weigerung der ukrainischen Soldatinnen und Soldaten, das nationalistisch dominierte Regime in Kyjiw, das ohnehin niemand braucht, zu verteidigen, nicht als Feigheit, sondern als das Richtige. In den vergangenen sechs Tagen haben sich mehr als 126 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte ergeben; die Gesamtzahl liegt nun bei über 6 400. Wir bekräftigen, dass allen ukrainischen Militärangehörigen, die freiwillig ihre Waffen niederlegen, eine würdige Behandlung im Einklang mit den Normen des humanitären Völkerrechts garantiert wird und sie damit rechnen können, zu ihren Familien zurückkehren zu können.

Zugleich nehmen wir mit Empörung zur Kenntnis, dass die ukrainische Seite gefangene Soldaten aus Russland, der LNR und der DNR nach wie vor foltert und misshandelt. Wir werden einen Videobeitrag veröffentlichen, der zeigt, wie ein gefangener Milizionär aus Mariupol behandelt wurde: Marineinfanteristen der 36. Brigade der ukrainischen Marine hieben mit einem Bajonett auf ihn ein, bis er das Bewusstsein verlor, und warfen seinen Körper dann auf die Straße, in der Annahme, er sei tot. Wie durch ein Wunder hat er überlebt. In diesem Zusammenhang ist es empörend, dass das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) die Russische Föderation nicht ein einziges Mal über Besuche seiner Vertreterinnen oder Vertreter bei russischen Kriegsgefangenen informiert hat. Erschwerend kommt hinzu, dass unsere Beobachterinnen und Beobachter diese Gefangenen überhaupt nicht sehen dürfen.

Viele Fragen werfen auch die Funde in dem verlassenen IKRK-Büro in Mariupol auf: Gesundheitsakten von Kindern mit Aufzeichnungen über deren gesunde Organe; Anleitungen zur chemischen Sicherheit und zum Umgang mit explosiven Kampfmittelrückständen; Karten des Gebiets mit Eintragungen der tödlich und nicht tödlich Verletzten sowie Brutkästen. Wir haben die Pressemitteilung des IKRK zu dieser Angelegenheit zur Kenntnis genommen, sind jedoch der Ansicht, dass diese Gegendarstellung noch lange nicht alle Fragen beantwortet, die sich bei der Inspektion des Büros dieser Organisation in Mariupol ergeben haben.

In der Zwischenzeit setzt Russland weiterhin alles daran, dass die Menschen in den befreiten Gebieten der Ukraine, der DNR und der LNR so schnell wie möglich zu einem Leben in Ruhe und Sicherheit zurückkehren können. Minenräumkommandos der Streitkräfte der Russischen Föderation haben die Aufgabe übernommen, Gebiete von Minen und explosiven Kampfmittelrückständen zu säubern. Das Gelände des Asowstal-Werks, einschließlich seiner unterirdischen Anlagen, wurde vollständig von Minen befreit. Die ersten Frachtschiffe haben in dem von Minen geräumten Seehafen von Mariupol angelegt. Insgesamt wurden fast 3 000 Hektar Land, 35 Gebäude und rund 10 km Straßen kontrolliert. Etwa 14 000 explosive Kampfmittelrückstände wurden entdeckt und entschärft.

Herr Vorsitzender,

anstelle einer Schlussfolgerung und als „erste Reaktion“ in Vorwegnahme der Erklärungen westlicher Delegationen möchte ich heute einige Zitate prominenter US-Militärkommandeure anführen, die nicht mehr im Dienst sind. Es ist eine Ironie des Schicksals, dass die meisten westlichen Entscheidungsträger erst dann zur Vernunft kommen, wenn sie aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden sind.

Als Reaktion auf die heuchlerischen Anschuldigungen der OSZE-Teilnehmerstaaten, die Russland die Begehung von Kriegsverbrechen anlasten, möchte ich einige Äußerungen von James Mattis zitieren, der von 2017 bis 2019 US-Verteidigungsminister war: „[W]ir stehen wie abscheuliche Heuchler da... Ich erinnere mich an das Massaker in Son My (Vietnam, 1969), als unsere amerikanischen Soldaten kaltblütig 504 Zivilistinnen und Zivilisten töteten, darunter 210 Kinder; viele Frauen wurden vergewaltigt. Das ist eine bewiesene Tatsache. Aber wurde Richard Nixon als Kriegsverbrecher verurteilt?“

Zu den haltlosen Unterstellungen, Russland habe angeblich eine weltweite Nahrungsmittelkrise ausgelöst, möchte ich Oberst Douglas Macgregor, ehemaliger Chefberater des US-Verteidigungsministers, zitieren: Sie [die US-Regierung und das Verteidigungsministerium] wollen nicht zugeben, dass sie sich geirrt haben, dass sie eine ungeheure

Desinformationskampagne geführt haben. Sie wollen nicht zugeben, dass sie die Welt, übrigens insbesondere Afrika, an den Rand einer Hungersnot gebracht haben, weil sie den Export von Weizen gestoppt haben. Sie wollen nicht über die Dinge sprechen, die wirklich wichtig sind. Sie wollen so viel Aufmerksamkeit wie möglich auf alles lenken, was Russland zu schaden verspricht. Und am Ende wird Russland aus dieser Sache ziemlich gut herauskommen. Die Ukraine hingegen ist zerstört und im Grunde ein gescheiterter Staat.“

Gestatten Sie mir abschließend, auf die Versuche westlicher Delegationen, Russland ein Ultimatum zu stellen, zu antworten, indem ich einige Bemerkungen von Generalleutnant Stephen Twitty zitiere, der von 2018 bis 2020 als stellvertretender Befehlshaber des Europa-Kommandos der US-Streitkräfte diente: „Je länger der Konflikt andauert, desto schwächer wird die Position Kyjiws in den nächsten Verhandlungen werden ... Was wir schmerzlich vermissen, ist die diplomatische Komponente. Es gibt ja nicht einmal den Versuch, sich auf Verhandlungen zu einigen, es gibt keine Diplomatie. Und ich glaube nicht, dass wir das hinkriegen können, in Anbetracht dessen, was Putin von uns hält.“

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.